



LANDKREIS
LUDWIGSBURG

**Beratungsstelle für ältere Menschen und deren Angehörige
Jahresbericht 2007/2008**

Ausgangslage

In der Sozialausschusssitzung am 4. Juni 1999 wurde beschlossen, dass ab dem Jahr 2000 ein Angebot zur Beratung für pflegebedürftige ältere Menschen aufgebaut werden soll, um die ambulante Versorgungsstruktur zu stärken und einer frühzeitigen Heimaufnahme entgegenzuwirken. Im Rahmen der Haushaltsberatungen soll ein jährlicher Bericht über die Entwicklung der Beratungsstelle vorgelegt werden.

Entwicklung der Beratungsstelle von Oktober 2007 bis September 2008

Um die Beratungsstelle steuern und Entwicklungen erkennen zu können, wird eine Statistik mit den wichtigsten Eckdaten geführt. Sie ist Grundlage für die Jahresberichte.

Rahmenbedingungen

Die Beratungsstelle ist mit einer Sozialarbeiterin/Sozialpädagogin zu 50% und einer Sozialgerontologin zu 50% besetzt. Zusätzlich wurde eine Sozialarbeiterin/Sozialpädagogin, die mit einem Stellenumfang von 50% aus der Elternzeit zurückgekehrt ist, der Beratungsstelle zugeordnet. Durch diese Ausweitung war es möglich, durch das Projekt Kriseninterventionen (PKI) zugehende Sozialarbeit anzubieten.

In den letzten Jahren nahm der Anteil der Hilfesuchenden, die das persönliche Gespräch suchen, immer mehr zu. 284 Personen wurden im Landratsamt beraten. Dies sind 12% der gesamten Beratungen. Zusätzlich wurden 23 Personen über die Krisenintervention zu Hause begleitet.

Statistik

Im Zeitraum vom 1.10.2007 bis 30.9.2008 wurden 2314 telefonische und persönliche Beratungen durchgeführt. Dies entspricht dem Nachfrageniveau von 2000/2001. Die Steigerungen in der Nachfrage führen wir auf eine Aktion mit Flyern zurück, bei der verstärkt Arztpraxen angesprochen wurden. Diese Aktion ist auf eine sehr positive Resonanz gestoßen. Es hat sich gezeigt, dass sich hier Möglichkeiten eröffnen, frühzeitig in den Beratungsprozess eingebunden zu werden und somit Chancen für eine ambulante häusliche Versorgung bestehen, um eine Pflegeheimaufnahme herauszuzögern bzw. zu vermeiden.

2001/2002	2002/2003	2003/2004	2004/2005	2005/2006	2006/2007	2007/2008
2120	2105	2099	1984	1656	1566	2314

Tabelle 1 Beratungen insgesamt im Jahresvergleich

Die Nachfrage nach Dauerpflegeplätze ist weiterhin rückläufig. Es wurde von 655 Personen nach einen Pflegeplatz innerhalb des Landkreises nachgefragt. 93 Personen suchten einen Platz außerhalb des Landkreises.

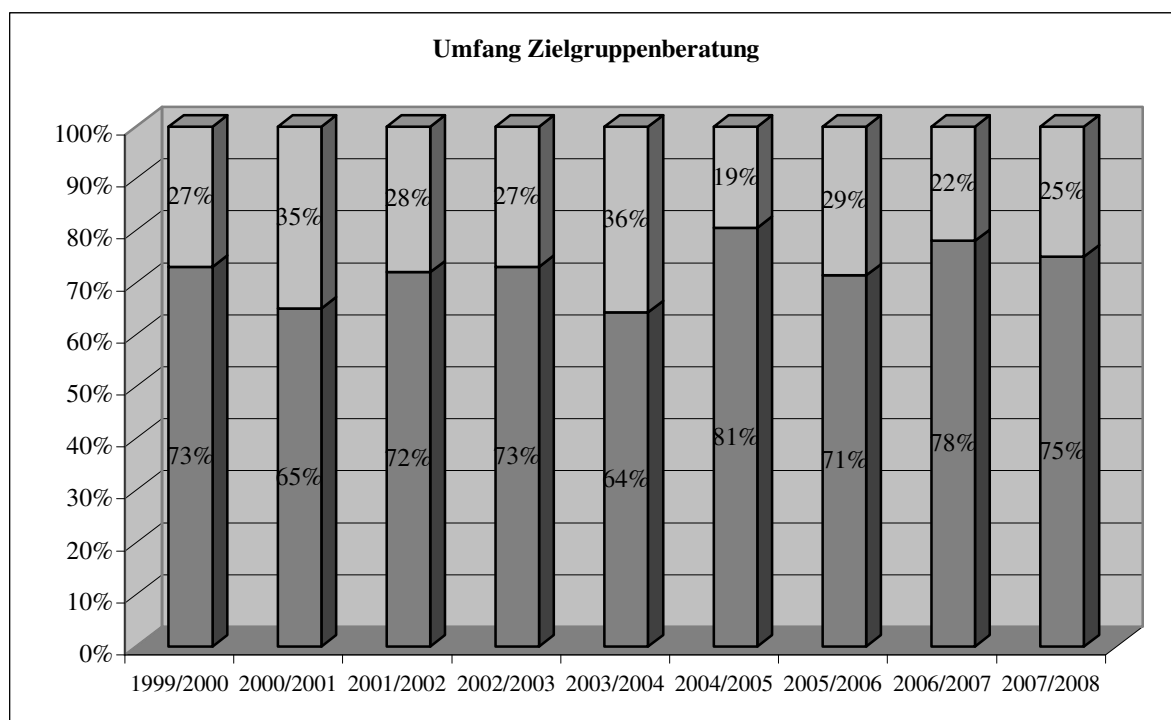
Im Berichtszeitraum wurden 414 neue Pflegeheimplätze geschaffen. Dies bietet eine schnelle Zugangsmöglichkeit in ein Heim. Es ist weiterhin davon auszugehen, dass wir bei dieser sehr entspannten Pflegeplatzsituation eine wichtige Steuerungsfunktion verlieren, um den häusli-

chen Bereich zu stärken, da eine Aufnahme in ein Heim in einer akuten Krisensituation schnell erfolgt. Die Rückkehr in den häuslichen Bereich, wenn sich die Situation stabilisiert hat, ist zur Zeit nicht die Regel. Hier wird zukünftig eine Steuerung notwendig sein. Besondere Brisanz bekommt diese Erkenntnis, da die Nachfrage nach Dauerpflegeplätzen im Landkreis in den Pflegestufen 0 und 1, bzw. noch nicht eingestuft, weiterhin mit 318 Anfragen, d.h. 49% der Anfragenden besonders hoch ist. Dies ist gerade der Grad der Pflegebedürftigkeit, bei dem die ambulante Versorgung noch greifen und eine Pflegeheimaufnahme in der Regel noch herausgezögert werden kann.

Neben den Beratungen wurden noch qualitativ hochwertige Informationsmaterialien erstellt, die telefonisch u.a. von älteren Menschen, pflegenden Angehörigen, Ehrenamtlichen, aber auch von Sozialen Diensten, angefordert wurden. Broschüren von der Beratungsstelle sind: Ambulante Dienste, Hospizarbeit, Betreutes Wohnen für Senioren, Tages- und Nachtpflege, Kurzzeitpflege, Angebote für pflegende Angehörige und Altenpflegeheime. Die Broschüren bieten einen guten Überblick über die Angebots- und Preisstruktur im Landkreis. Zusätzlich wurde ein Flyer über die Tätigkeit der Beratungsstelle erstellt, um eine schnelle Information zu ermöglichen. Ein Teil der Materialien wird auch als PDF-Dateien bereitgehalten und auf Anforderung per E-Mail versandt. Auch sind die Materialien auf der Homepage des Landkreises bereitgestellt. Die Anforderungen von elektronischem Material nehmen weiter zu. Die Auflagenhöhe der Broschüren beläuft sich weiterhin stabil auf insgesamt jährlich ca. 13.000 Exemplare.

Zielgruppen

Die Beratungsstelle berät sowohl pflegebedürftige Menschen und deren Angehörige als auch professionelle Dienste, die in der Altenarbeit oder angrenzenden Gebieten beschäftigt sind. Im Berichtszeitraum hatten wir wieder einen hohen Anteil an Einzelfallberatungen. Die Inanspruchnahme der Beratungsstelle von Diensten ist leicht steigend.



Seit Anfang 2003 werden in der Beratungsstelle vermehrt Anfragen für Menschen, die im Klinikum versorgt werden, registriert. In diesem Berichtszeitraum wurden insgesamt 97 ältere Menschen, die direkt aus den Krankenhäusern eine Anschlussversorgung benötigten, beraten. Dies ist, bezogen auf die vorherigen Jahre, leicht rückläufig. Die Hauptfragestellung bei diesem Personenkreis ist die Frage nach einer Unterbringung in ein Pflegeheim. In dieser akuten Krisensituation, in der noch nicht abzusehen ist, ob eine ambulante Versorgung ausreichend sein wird, wird oftmals das Heim als einzige Versorgungsmöglichkeit gesehen. Es ist davon auszugehen, dass bei den zur Zeit angebotenen freien Plätzen im Heim der schnelle Zugang vom Krankenhaus ins Heim genutzt wird.

Krankenhäuser im Landkreis	Pflegebedürftige
Ludwigsburg incl. Psychiatrische Klinik	99
Bietigheim-Bissingen	18
Marbach	14
Gerlingen	3
Ohne Angaben	2
Summe	134
<i>Außerhalb des Landkreises</i>	79

Tabelle 2 Anfragen von Pflegebedürftigen aus Krankenhäusern

Die teilweise sehr umfangreichen Beratungen waren deshalb geprägt von Informationen über ambulante Hilfenetzwerke sowie Anfragen nach Kurzzeitpflege, um den pflegeintensiven Übergang nach Hause abzumildern. Bei 13 Personen konnte in dieser Situation eine Pflegeheimaufnahme vermieden werden.

Wie in den letzten Jahren sind die Beratungssituationen umfangreich, komplex und schwierig. Der Beratungsschwerpunkt liegt auf der Sicherung der häuslichen und ambulanten Versorgung mit dem gesamten Spektrum der Angebotsstruktur und der psychosozialen Unterstützung. Die veränderten demographischen und gesellschaftlichen Entwicklungen machen sich in der Beratungsarbeit bemerkbar. Es ist schwierig für Angehörige, sich in der komplexen Versorgungsstruktur zurechtzufinden. In dieser Ausnahmesituation ist es notwendig, Angehörige zu entlasten, damit die Pflegebereitschaft erhalten bleibt und keine Aufnahme in ein Pflegeheim erfolgt. Gerade in Belastungssituationen steigt die Wahrscheinlichkeit, dass ein Pflegeplatz in Anspruch genommen wird, obwohl objektiv noch keine Notwendigkeit vorhanden ist. Freie Plätze in Heimen beschleunigen die Entscheidung für eine Heimaufnahme. Die Beratungsstelle versucht hier mit sehr großem Engagement und Zeitaufwand gegenzusteuern. Es konnten auch in vielen Fällen erfolgreiche Versorgungskonzepte entwickelt werden. Die zugehende Sozialarbeit erleichtert das Fallmanagement in der Krisensituation sehr. Es zeigt sich sehr deutlich, wie wichtig diese Beratungsarbeit ist, die zukünftig Teil der Beratungsstruktur eines kommunalen Pflegestützpunktes sein wird.

Beratungsinhalte

Insgesamt kann festgestellt werden, dass sich der Anteil mit ambulanten Inhalten leicht erhöht hat. Die Beratungsprozesse haben sich weiter stabilisiert. Die Beratungsgespräche sind zeitlich und inhaltlich sehr intensiv und verdichtet.

Insbesondere bei der Erstellung eines **Hilfenetzwerkes im ambulanten Bereich** zeigt sich die Notwendigkeit der Beratungsstelle. Die Tendenz der letzten Jahre, dass die Beratungen in ihrer Problematik immer komplexer und differenzierter werden, hat sich bestätigt. Ausschließlich Hilfestellungen zum Finden der entsprechenden sozialen, hauswirtschaftlichen oder pflegerischen Angebote sind häufig nicht ausreichend. 1389 Anrufer (60%) benötigten zusätzliche Hilfestellungen im psycho-sozialen Bereich.

Ein wichtiger Anteil der Beratungen entfällt auf die **Finanzierung** von Leistungen. In 815 Fällen wurden Informationen über die Pflegeversicherung gegeben und in 653 Fällen über Leistungen der Sozialhilfe. Wir haben zunehmend ältere Menschen in der Beratung, die an der Armutsgrenze leben und Schwierigkeiten haben, notwendige Leistungen außerhalb von SGB V und SGB XI zu finanzieren.

Im letzten Jahr konnte verstärkt beobachtet werden, dass in unseren Beratungen **technische Hilfen** wie Notruf, Hilfsmittel, Wohnanpassung abgefragt werden. Dieser Bereich hilft auch die ambulante Versorgung zu stabilisieren. Die technischen Entwicklungen der letzten Jahre bieten auch für ältere Menschen gute Möglichkeiten, sich im häuslichen Bereich abzusichern.

2004/2005	2005/2006	2006/2007	2007/2008
196	215	299	450

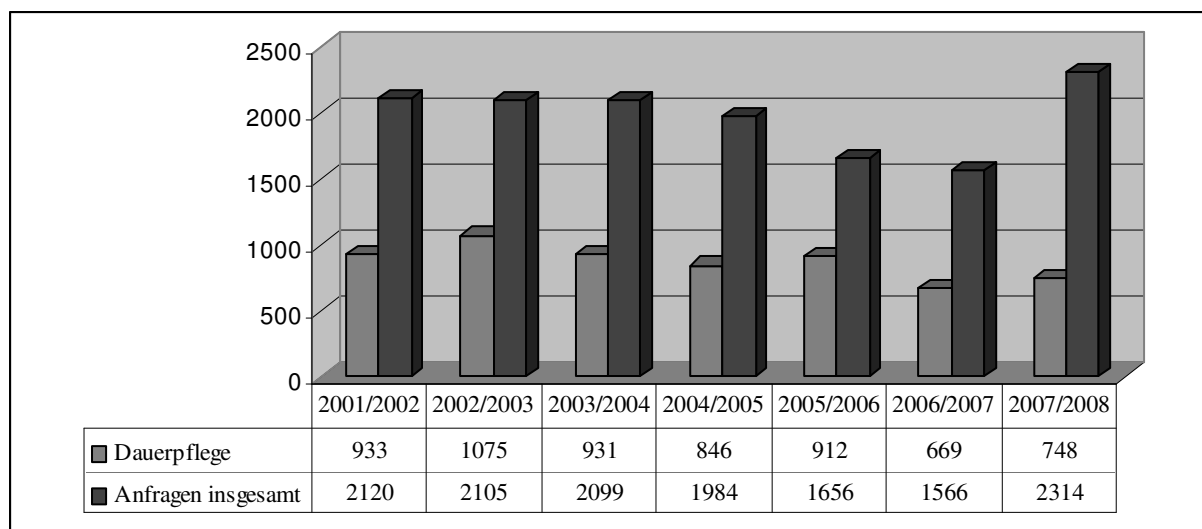
Tabelle 3 Beratungsinhalt: Technische Hilfen

Die **Sterbebegleitung und die Palliativ-Care** ist weiterhin ein wichtiger Bestandteil der Beratungsaufgabe. Im ambulanten Bereich ist wie im letzten Jahr ein weiterer Rückgang der Anfragen zu verzeichnen. Dies ist sicherlich damit zu erklären, dass sich die Hospizarbeit im Landkreis zwischenzeitlich in allen Städten und Gemeinden etabliert hat und sehr bekannt ist. Der Beratungsbedarf für die Versorgung im stationären Hospiz ist aber weiterhin auf einem sehr hohen Niveau. Die Tendenzen, dass das Angebot von stationären Plätzen nicht mehr ausreichend ist, verfestigen sich.

	2003/2004	2004/2005	2005/2006	2006/2007	2007/2008
Ambulante Hospizgruppen	133	85	73	59	38
Stationäres Hospiz	71	327	322	347	653

Tabelle 4: Anfragen nach Angeboten der Hospizarbeit

748 direkte Anfragen nach **Dauerpflege** im Landkreis wurden bearbeitet.



Die Anzahl der Anfragen nach Dauerpflege ist weiterhin auf einem tiefen Niveau. Die Anfragen an die Beratungsstelle sind in der Regel nicht notwendig, da direkt Plätze gefunden werden können.

Die Beratungen werden mit der Maßgabe geführt, dass eine stationäre Aufnahme in ein Pflegeheim vermieden oder herausgezögert wird. Beratungsinhalte über ambulante bzw. teilstationäre Dienste oder Hospizgruppen bzw. ein stationäres Hospiz stehen im Vordergrund. In insgesamt 115 Fällen konnte in diesem Berichtsjahr das Ziel der Vermeidung einer Heimaufnahme erreicht werden.

Die Nachfrage nach **barrierefreiem bzw. Betreutem Wohnen** ist mit 443 Nachfragen wieder leicht steigend.

Wohnorte der Pflegebedürftigen

Anfragen kommen aus fast allen Städten und Gemeinden des Landkreises. Bei den 213 Anfragen außerhalb des Landkreises handelt es sich in aller Regel um Familienzusammenzüge.

Affalterbach	2
Asperg	55
Benningen	12
Besigheim	49
Bietigheim-Bissingen	77
Bönnigheim	26
Ditzingen	18
Eberdingen	2
Erdmannhausen	13
Erligheim	0
Freiberg	78
Freudental	3
Gemrigheim	12
Gerlingen	17
Großbottwar	10
Hemmingen	24
Hessigheim	2
Ingersheim	1
Kirchheim	4
Korntal-Münchingen	24

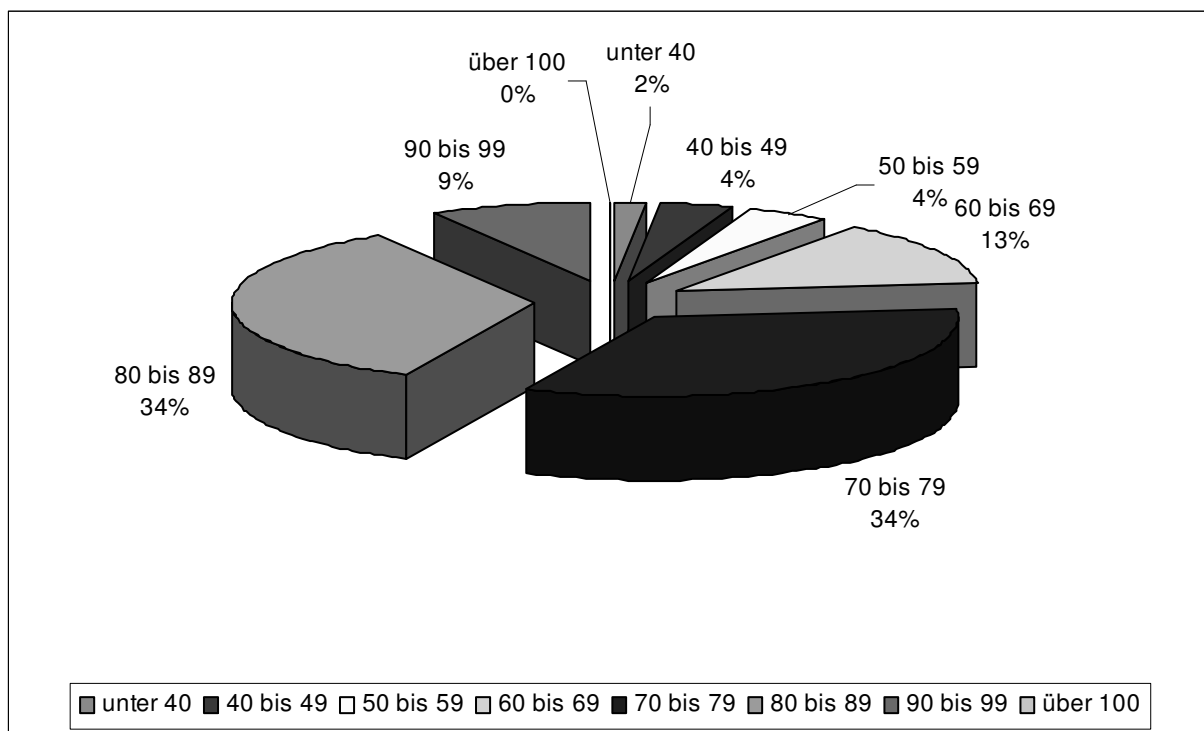
Kornwestheim	116
Ludwigsburg	599
Löchgau	14
Marbach	44
Markgröningen	48
Möglingen	96
Mundelsheim	9
Murr	13
Oberriexingen	3
Oberstenfeld	1
Pleidelsheim	12
Remseck	90
Sachsenheim	48
Schwieberdingen	24
Sersheim	7
Steinheim	17
Tamm	69
Vaihingen	33
Walheim	7

Außerhalb des Landkreises 213

Tabelle 5 Anfragen aus den Städten und Gemeinden des Landkreises gegliedert nach Orten

Altersverteilung

Die Verteilung der Altersgruppen spiegelt die Pflegebedürftigkeit (Pflegequoten) in unserer Gesellschaft wieder. Der größte Anteil der Beratungen ist für Pflegebedürftige in den Altersstufen 70 bis 80 und 80 bis 90 Jahre erbracht worden.



unter 40	29
40 bis 49	68
50 bis 59	73
60 bis 69	230

70 bis 79	572
80 bis 89	587
90 bis 99	147
über 100	0

Tabelle 6 Altersstruktur der Pflegebedürftigen

Fazit

Die Beratungsstelle hat sich in ihrer Arbeit weiter stabilisiert. Die Ausweitung im Bereich der Krisenintervention (PKI) mit der Möglichkeit einer zugehenden Beratung hat sich positiv auf die Arbeit ausgewirkt. Die Einzelfallarbeit bei komplexen Problemlagen wurde weiter qualifiziert und vereinfacht und es konnten schneller verlässliche Versorgungsstrukturen aufgebaut werden. Die Vielfalt der Angebotsstruktur und die Ansprüche der neuen Pflegegeneration zeigen, dass eine Beratungsstelle zur Klärung von Versorgungsstrukturen dringend notwendig ist, um einer vorzeitigen Heimaufnahme vorzubeugen. Die Diskussion um die kommunalen Pflegestützpunkte zeigt sehr deutlich, dass gerade diese Beratung ein wichtiges Steuerungselement ist, um häusliche Versorgung sicher zu stellen.

Das Ziel, durch Heimplatzvermeidung mindestens die Personalkosten zu sparen, das in der Konzeption der Beratungsstelle (SoA-Vorlage 1/1999) festgelegt wurde, wurde erreicht.